

DeZIM.insights +

Working Papers #01 | 22 Berlin, 14. März 2022

Reaktionen auf den Ukraine-Krieg. Eine Schnellbefragung des DeZIM.panels

Sabrina Jasmin Mayer, Almuth Lietz, Jörg Dollmann, Madeleine Siegel, Jonas Köhler

INHALT

Zusammenfassung	3
Einleitung	4
Das DeZIM.panel	4
Ergebnisse	5
Emotionale Reaktionen	5
Unterstützungsbereitschaft für Geflüchtete	6
Akzeptanz von höheren Kosten durch Sanktionen.....	8
Unterstützung für politische Maßnahmen	9
Verantwortlichkeitszuschreibung	11
Direkte Konfrontation	12
Diskussion und Bewertung	13
Welche unmittelbaren Reaktionen können wir in der ersten Woche des russischen Angriffs auf die Ukraine beobachten?	13
Zentrale Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen	14
Methodenbericht	16
Länderlisten.....	17
Literaturverzeichnis	18
Danksagung	20
Impressum	20

Zusammenfassung

- In der ersten Woche nach Eskalation des Ukraine-Krieges zeigen die Menschen in Deutschland eine starke emotionale Betroffenheit. Dies gilt auch und insbesondere für Personen mit eigener Fluchterfahrung.
- Es besteht eine ausgesprochen hohe Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine – in allen gesellschaftlichen Gruppen. Menschen mit eigener Fluchterfahrung zeigen dabei eine auffällig hohe Bereitschaft, Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen.
- Eine Mehrheit ist bereit, höhere Lebenshaltungskosten hinzunehmen, wenn dadurch der Druck auf Russland durch Sanktionen erhöht werden kann.
- Eine Mehrheit sieht die Verantwortung für den Krieg bei der russischen Regierung.
- Eingewanderte aus Russland und ihre Nachkommen zeichnen sich durch hohe Meinungsvielfalt aus und reagieren nur geringfügig anders als andere Bevölkerungsgruppen. Die Annahme, dass diese Personengruppe insgesamt Putins Politik befürworte, ist nicht haltbar.
- Dennoch spricht sich mehr als die Hälfte aller Befragten dafür aus, dass aus Russland stammende Personen in Deutschland vermehrt mit der russischen Politik konfrontiert werden sollten. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich antirussische Ressentiments im Zuge des Ukraine-Krieges entwickeln und verfestigen.

Einleitung

Die Eskalation des Krieges in der Ukraine sorgt in den direkten Nachbarländern und andernorts für beeindruckende Hilfsbereitschaft und Solidarität. Täglich erreichen Tausende von Flüchtenden aus der Ukraine die Nachbarstaaten Polen, Ungarn, die Slowakei, Belarus, Moldau und Rumänien. An manchen Tagen sind es über Hunderttausende Menschen (UNHCR 2022; Zeit 2022a). Auch in Deutschland, vor allem in Berlin, steigt seit Anfang März die Zahl der Ankommenden, die dort von vielen Freiwilligen empfangen werden.

Die aktuellen Bilder aus dem Berliner Hauptbahnhof wecken Erinnerungen an den Sommer 2015, als zahlreiche Flüchtende über die Balkanroute nach Deutschland kamen. Auch damals stand der Einsatz vieler Freiwilliger im Fokus der Berichterstattung und erfuhr zeitweise viel Wertschätzung. Rückblickend können die Entwicklungen im Sommer 2015 als Sternstunde der Zivilgesellschaft in Deutschland gesehen werden (Schiffauer, Eilert & Rudloff 2018; Steinhilper, Sommer & Zajak 2022; Zajak et al. 2021). Die Reaktion der Zivilgesellschaft war damals jedoch keineswegs einheitlich: Es nahmen auch zivilgesellschaftliche Mobilisierungen zu, die sich gegen die Aufnahme von Geflüchteten und die migrationsbedingte Diversität richteten. Die Proteste von ‚Pegida‘ und die politische Gewalt gegen Geflüchtete stehen exemplarisch für den anti-migrantischen Teil der Zivilgesellschaft und zeigen die Polarisierung in dieser Frage (siehe z.B. Grande 2018). Auch der Bundestagswahlkampf 2017 war geprägt von Diskussionen über Fluchtmigration (Weiland 2021).

Vor dem Hintergrund der vergangenen Debatten ist es bemerkenswert, wie umfassend die derzeitige Willkommensbereitschaft und Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine ausfällt. Daher wollen wir genauer wissen, wie die Menschen in Deutschland auf den Krieg reagieren, welche Reaktionen und Maßnahmen sie sich von der deutschen Politik gegenüber Russland wünschen und wie sie zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine stehen. Darüber hinaus interessiert uns, wem die Verantwortung für die Eskalation des Krieges zugeschrieben wird und welchen Umgang die Befragten mit Menschen aus Russland, die in Deutschland leben, für richtig halten. Letzteres liefert Hinweise darauf, welche längerfristigen Folgen der aktuelle Konflikt auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland haben könnte: Rücken die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland enger zusammen oder bilden sich neue Gräben? Für unsere Auswertungen greifen wir auf Daten des DeZIM.panels zurück.

Das DeZIM.panel

Deutschland ist ein modernes Einwanderungsland. Eingewanderte und ihre Nachkommen sind Teil einer post-migrantischen gesellschaftlichen Realität (Foroutan 2019). Um diese zunehmend komplexe Realität abbilden zu können, wurde das DeZIM.panel aufgebaut, das eine längsschnittliche Dauerbefragung der Bevölkerung erlaubt. Es handelt sich dabei um eine postalisch rekrutierte Umfrage-Infrastruktur, mit der aktuelle Stimmungen und Trends in der deutschen Bevölkerung ermittelt werden können. Dazu werden nicht nur Personen ohne Migrationsgeschichte, sondern auch bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationsgeschichte befragt, die die größten Gruppen von Zugewanderten in Deutschland repräsentieren und dabei auch unterschiedliche Zeiträume der Migration nach Deutschland abbilden. Im DeZIM.panel sind diese Gruppen überrepräsentiert, konkret Menschen aus der Türkei, aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, aus Staaten, mit denen Westdeutschland zwischen 1955 und 1973 Anwerbeabkommen geschlossen hat (sogenannte „Gastarbeiter*innen“), aus der ehemaligen UdSSR und Rumänien sowie die Nachkommen dieser Menschen.¹ Dadurch liefert das DeZIM.panel genügend Fälle für Vergleiche und Analysen innerhalb dieser Gruppen – eine einzigartige Struktur in der deutschen Erhebungslandschaft, die am Ende des Beitrags detaillierter dargestellt wird.

¹ Im Folgenden meinen wir mit „Personen aus“ jeweils selbst Eingewanderte sowie mit „ihren Nachkommen“ deren Kinder. Aus sprachlichen Gründen sprechen wir im Bericht von muslimischen Ländern, meinen damit Länder mit einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung. Eine vollständige Liste der Herkunftsländer findet sich im Methodenbericht im Anhang.

Ergebnisse

Die nachfolgenden Ergebnisse entstammen der Schnellbefragung 1 „Ukraine-Krieg“ (Dollmann et al. 2022) des DeZIM.panels, bei der in der Woche vom 28. Februar bis 6. März 2022 insgesamt 2.624 Teilnehmende online befragt wurden. Für die Auswertungen werden die Ergebnisse gewichtet, um die unterschiedlichen Auswahl- und Teilnahmewahrscheinlichkeiten der verschiedenen Gruppen zu berücksichtigen und so für die Bevölkerung in Deutschland verallgemeinernde Aussagen treffen zu können.

Die Ergebnisse werden im Folgenden grafisch in Form von Balkendiagrammen dargestellt. Der linke Teil der Grafiken zeigt die Verteilung der Gesamtbevölkerung („Gesamt“). Es folgt eine Differenzierung nach Generationenstatus innerhalb der Bevölkerungsgruppe mit Migrationsgeschichte, wobei zwischen erster Generation mit Fluchterfahrung („1. Gen + FE“) und ohne („1. Gen.“) sowie der zweiten Generation („2. Gen.“) unterschieden wird. Darüber hinaus werden hier auch die Werte von Personen ohne Migrationsgeschichte ausgewiesen („Kein MH“). Es folgt eine vom Generationenstatus unabhängige Differenzierung nach bestimmten Herkunftsländern, die im DeZIM.panel relevant sind: Muslimisch geprägte Herkunftsländer („Musl. Länder“), Türkei („TUR“) sowie Länder mit Anwerbe- bzw. Gastarbeiterabkommen („Gastarb.-Abkommen“). Außerdem werden hier auch Personen aus anderen Herkunftsländern dargestellt („Sonst.“). Um die besondere Situation der Personen aus Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion im Ukraine-Konflikt hervorzuheben, haben wir Personen aus Russland („RUS“), aus den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion („eh. UdSSR“) sowie aus Mittel- und Osteuropa („MOE“) im rechten Teil der Grafiken dargestellt.

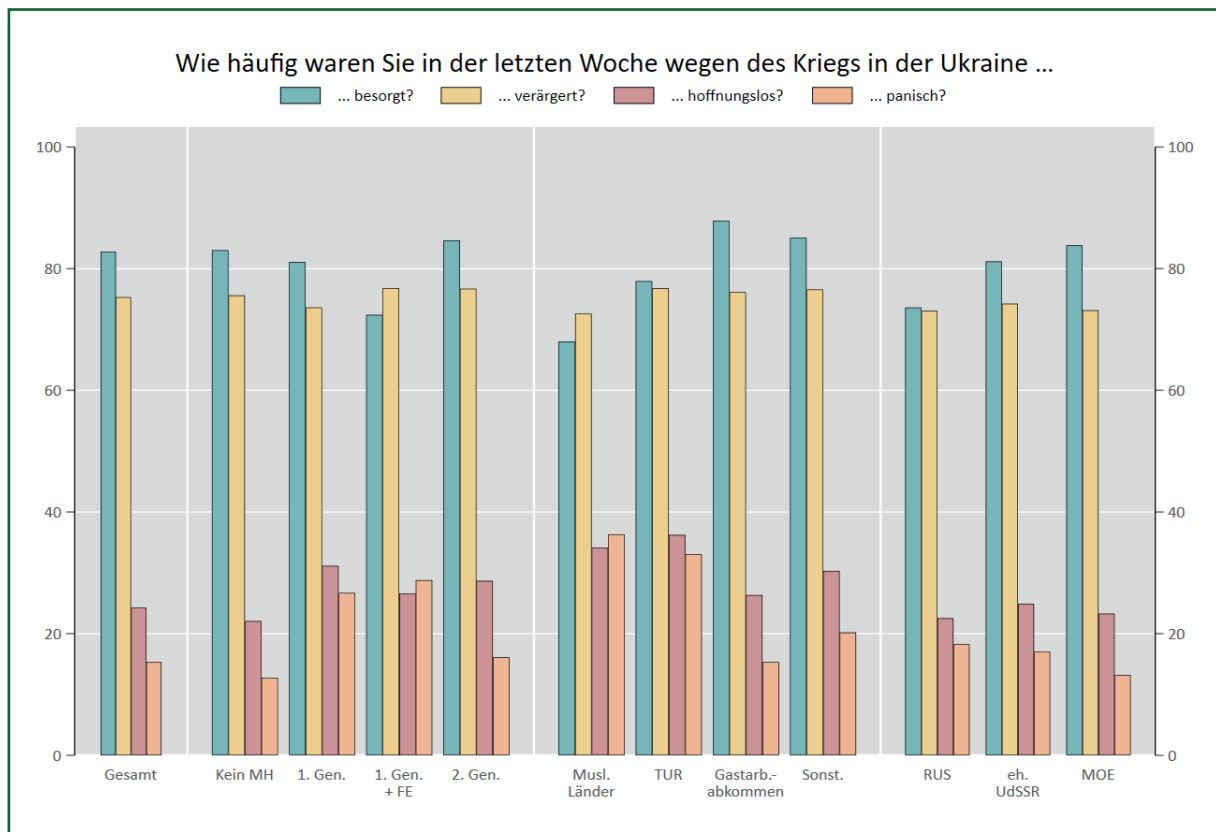
Emotionale Reaktionen

Der Krieg in der Ukraine beeinflusst das Innenleben vieler Menschen. Emotionale Reaktionen sind ein wichtiger Indikator dafür, wie Menschen mit den aktuellen Ereignissen umgehen. Um diese zu erfassen, haben wir die Emotionen Sorge, Ärger, Hoffnungslosigkeit und Panik gewählt und die Menschen gefragt, inwieweit sie diese Emotionen angesichts des Kriegsausbruchs in der Ukraine gefühlt haben.

Die Mehrheit der Befragten gab an, sich in der ersten Woche des Kriegsausbruchs in einem höheren Maße besorgt (83 %) oder verärgert (75 %) gefühlt zu haben. Knapp jede*r Fünfte sagte sogar, er*sie habe sich in höherem Maße panisch oder hoffnungslos gefühlt. Im Großen und Ganzen zeigt sich diese Verteilung bei allen ausgewiesenen Gruppen.

Bei Menschen mit eigener Fluchterfahrung ist das Gefühl der Panik am stärksten ausgeprägt. Etwa ein Drittel hat sich angesichts des Kriegsausbruchs panisch gefühlt, eine Gefühlslage, die durch die intensive mediale Berichterstattung und Bezüge zur eigenen Biografie verstärkt werden kann. Im Vergleich der Herkunftsländer waren Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern und der Türkei im Schnitt weniger besorgt, fühlten sich aber häufiger panisch und hoffnungslos. Menschen aus mittel- und osteuropäischen Ländern sowie der ehemaligen UdSSR waren etwas häufiger besorgt als Menschen aus Russland.

Abbildung 1. Emotionale Reaktionen auf den Kriegsausbruch in der Ukraine



Notiz: Bei den emotionalen Reaktionen wurde auf siebenstufigen Ratingskalen (von 1 „immer“ bis 7 „nie“) gefragt, wie häufig die Befragten in der vergangenen Woche aufgrund des Kriegs in der Ukraine die jeweilige Emotion erlebt haben. Für die hier vorliegenden Auswertungen wurden die Antworten zur Übersichtlichkeit zusammengefasst: Die Antwortoptionen 1-3 wurden aggregiert und werden hier als Prozentwerte ausgewiesen. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa.

Unterstützungsbereitschaft für Geflüchtete

Ein wichtiger Themenblock in der Befragung war das Ausmaß der Unterstützungsbereitschaft für Geflüchtete. Um verschiedene Arten der Unterstützung zu messen, wurden Fragen ausgewählt, die sowohl politische Einstellungen als auch praktische Hilfeleistungen abdecken und in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert werden. Zum einen wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie es befürworteten oder ablehnten, dass Deutschland ukrainische Flüchtende aufnimmt. Zum anderen wurde erhoben, ob die Teilnehmenden es sich vorstellen können, sich für Geflüchtete ehrenamtlich zu engagieren, ihnen Geld zu spenden oder sie vorübergehend bei sich zuhause aufzunehmen.

Nahezu die gesamte Bevölkerung (94 %) ist dafür, Flüchtende aus der Ukraine in Deutschland aufzunehmen. Mehr als die Hälfte aller Menschen in Deutschland kann sich zudem vorstellen, für diese Menschen selbst Geld zu spenden (69 %) oder sich ehrenamtlich für sie zu engagieren (58 %). Jede*r Vierte zeigte sich sogar bereit, geflüchtete Menschen aus der Ukraine vorübergehend im eigenen Zuhause aufzunehmen.

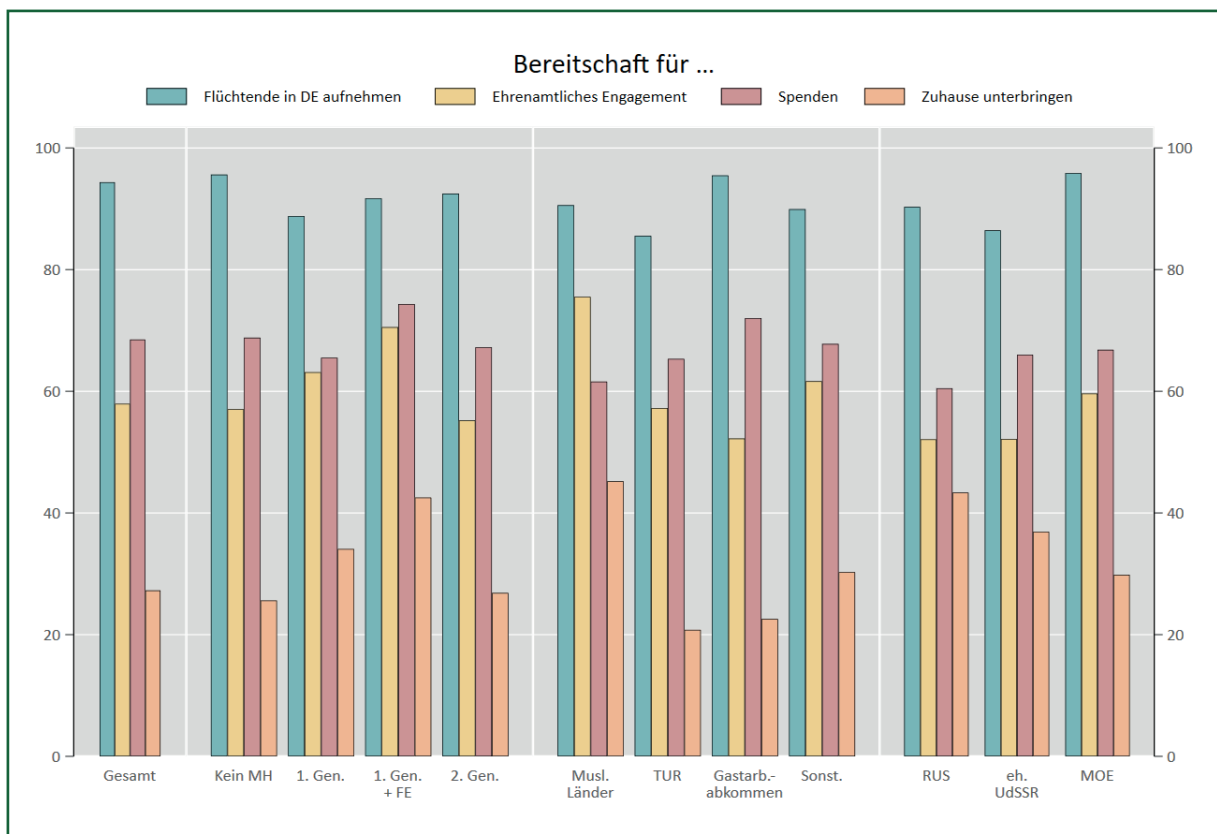
Bei Menschen mit eigener Fluchterfahrung ist die Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine besonders stark ausgeprägt: Etwa 70 Prozent der Menschen, die in der Vergangenheit selbst geflohen sind, möchten sich ehrenamtlich engagieren. Auch die Bereitschaft, jemanden bei sich aufzunehmen, ist besonders bei denjenigen hoch, die selbst einmal auf der Flucht waren: Etwa 40 Prozent dieser Gruppe könnte sich das vorstellen. Ebenso ist die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung durch Geldspenden bei der Gruppe

von Menschen, die selbst fliehen mussten, am höchsten (74 %). Dies ist deswegen sehr interessant, da zuvor gezeigt wurde, dass Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, sich weniger engagieren als Menschen, die aus anderen Gründen nach Deutschland eingewandert sind (Simonson et al. 2019). Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ist dieses Phänomen jedoch nicht zu beobachten.

Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren und Geflüchtete bei sich zu Hause aufzunehmen, ist auch bei Menschen aus muslimischen Herkunftsländern besonders ausgeprägt. Diese außerordentlich große Hilfsbereitschaft könnte ebenso damit zusammenhängen, dass die Menschen aus muslimischen Ländern in unserem Datensatz sehr häufig (38 %) eigene, zum Teil noch nicht lange zurückliegende Fluchterfahrungen gemacht haben.

Bei Menschen aus Russland und der ehemaligen UdSSR sowie mittel- und osteuropäischen Ländern zeigen sich ebenfalls erhöhte Werte in der Bereitschaft, Geflüchtete im eigenen Zuhause aufzunehmen. Personen aus dieser Gruppe gaben auch häufiger an, Menschen in der Ukraine sowie in Russland persönlich zu kennen, insbesondere auch Verwandte dort zu haben. Schaut man sich diese Gruppe genauer an, zeigt sich, dass sich die Unterstützungsbereitschaft zwischen Eingewanderten und ihren Nachkommen aus Russland, der ehemaligen UdSSR sowie anderen mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) nur geringfügig voneinander unterscheidet. Bei allen Gruppen sieht man eine sehr hohe Unterstützungsbereitschaft. Dies erinnert an das Engagement für Geflüchtete im Jahr 2015: Auch hier haben Menschen mit Migrationsgeschichte und migrantische Initiativen einen wichtigen Beitrag zu den damaligen Ankunfts-Infrastrukturen geleistet (Meyer & Ziegler 2019).

Abbildung 2. Unterstützungsbereitschaft für Geflüchtete



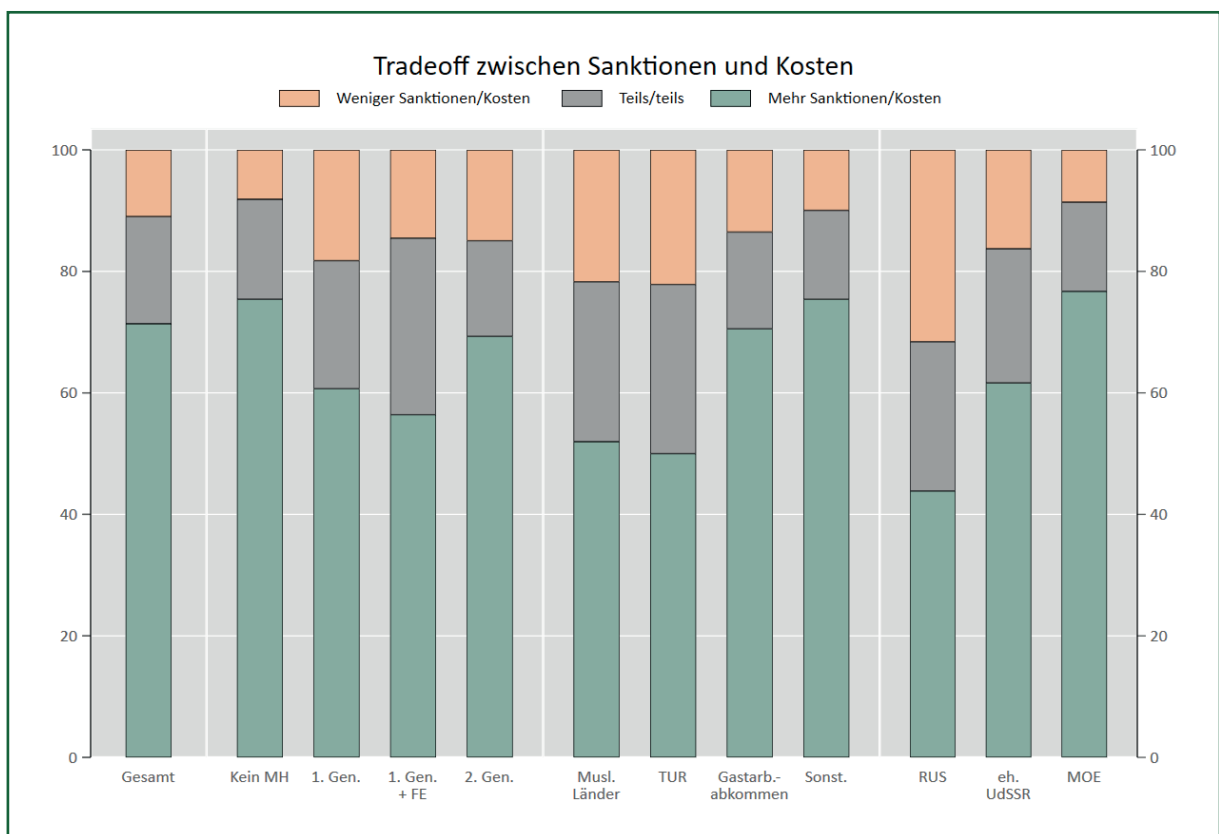
Notiz: Die Frage, ob man es befürwortet oder ablehnt, dass Deutschland Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt, wurde auf einer Antwortskala von 1 „stimme voll und ganz zu“ über 4 „teils/teils“ bis 7 „lehne ich stark ab“ erhoben. Die anderen drei abgebildeten Dimensionen wurden mittels einer Antwortskala von 1 „kann ich mir sehr vorstellen“ über 4 „teils/teils“ bis 7 „kann ich mir überhaupt nicht vorstellen“ abgefragt. Für die hier vorliegenden Auswertungen wurden die Antworten zur Übersichtlichkeit zusammengefasst und die Antwortoptionen 1-3 aggregiert. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa. Angaben in Prozent.

Akzeptanz von höheren Kosten durch Sanktionen

Neben dem sozialen Engagement wurde auch die Bereitschaft abgefragt, individuelle ökonomische Kosten hinzunehmen, wenn Wirtschaftssanktionen gegen Russland beschlossen werden. Basierend auf den klassischen Fragen der Wahlforschung, ob man bereit wäre, für höhere Sozialausgaben auch höhere Steuern zu tragen, fragten wir: „Inwiefern sind Sie bereit, Mehrkosten zu tragen, die durch härtere Sanktionen gegenüber Russland entstehen können, zum Beispiel durch steigende Lebenshaltungskosten aufgrund höherer Energiepreise?“

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (74 %) ist bereit, höhere eigene Kosten in Kauf zu nehmen, wenn dafür mehr Sanktionen erfolgen. Etwas weniger stark ausgeprägt, aber dennoch mehrheitlich, ist die Zustimmung bei Personen aus muslimisch geprägten Ländern und der Türkei, wenn sie mit Personen aus anderen Herkunftsgruppen verglichen werden. Dies könnte an geringeren ökonomischen Ressourcen liegen. Die Bereitschaft, individuelle Mehrkosten für Sanktionen zu tragen, ist bei Menschen aus Russland am geringsten ausgeprägt.

Abbildung 3. Tradeoff zwischen Sanktionen und Kosten



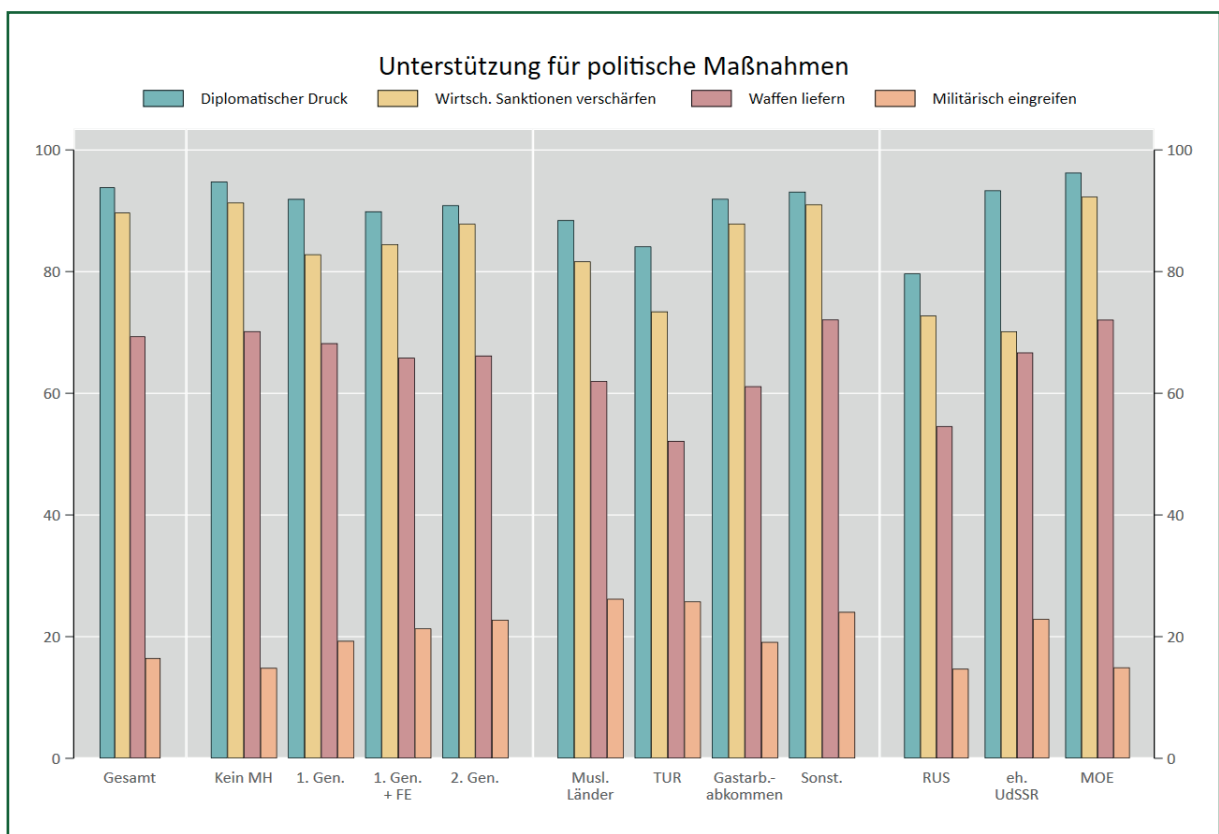
Notiz: Die Antwortskala im Fragebogen ging von 1 „stärkere Sanktionen und ggf. höhere eigene Kosten“ über 4 „teils/teils“ bis 7 „schwächere Sanktionen und ggf. weniger eigene Kosten“. Hier haben wir die Antwortkategorien 1-3 sowie 5-7 zu Mehr bzw. Weniger Sanktionen zusammengefasst. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa. Angaben in Prozent.

Unterstützung für politische Maßnahmen

In der Vergangenheit wurde eine Vielzahl von Maßnahmen diskutiert, mit denen westliche Staaten auf Russland einwirken könnten. Wir haben die Teilnehmenden gefragt, wie die westlichen Staaten reagieren sollen. Als Antwortoptionen konnten die Befragten angeben, inwieweit sie eine Reihe politischer Maßnahmen, die in der Woche des Kriegsausbruchs zur Debatte standen, unterstützen oder ablehnen.

In Deutschland spricht sich eine breite Mehrheit von über 85 Prozent für mehr diplomatischen Druck und schärfere wirtschaftliche Sanktionen aus, um den Krieg zu beenden. Ein gegensätzliches Bild zeigt sich bei der Unterstützung militärischer Interventionen. Weniger als 20 Prozent sind dafür, dass westliche Staaten selbst militärisch in den Krieg eingreifen. Bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte fällt die Zustimmung für militärische Interventionen etwas höher aus. Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung werden aber deutlich befürwortet, hier stimmen knapp zwei Drittel der Menschen in Deutschland zu.

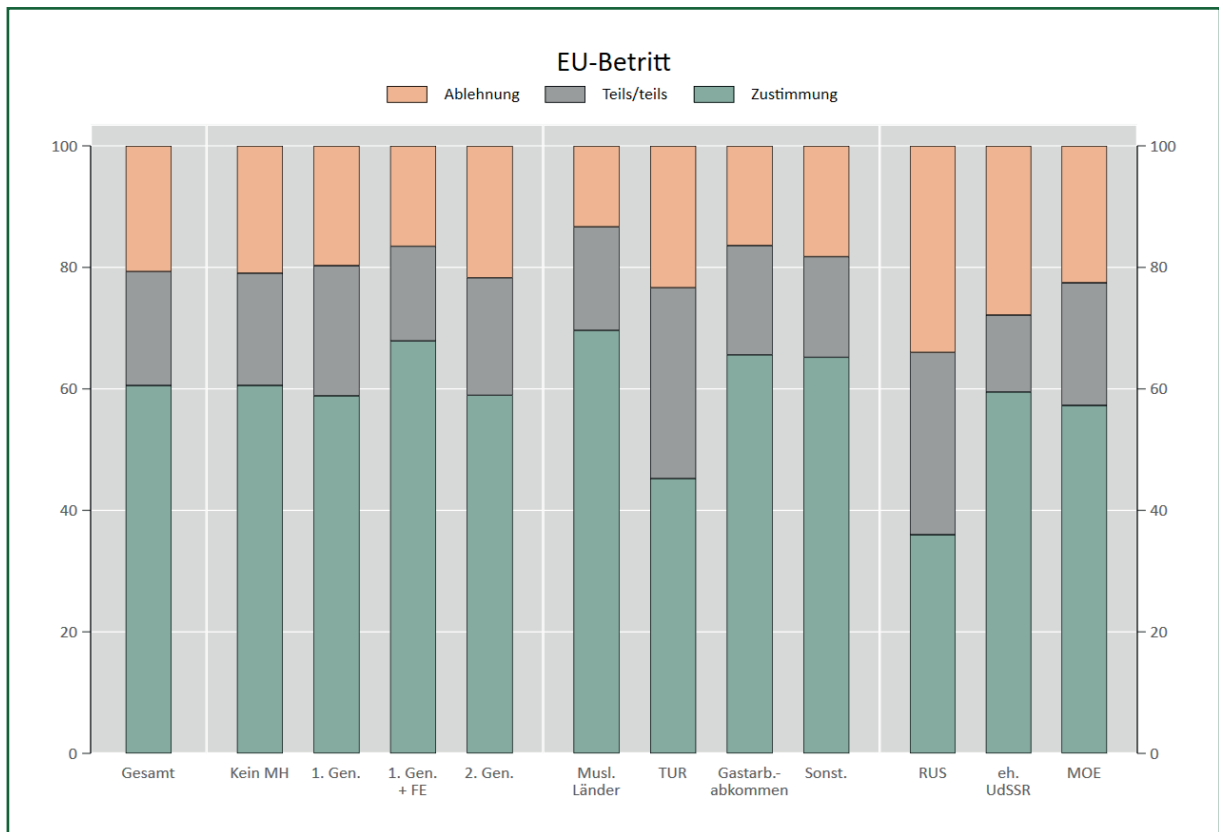
Abbildung 4. Unterstützung für politische Maßnahmen



Notiz: Die Antwortskala im Fragebogen ging von 1 „befürworte ich stark“ über 4 „weder noch“ bis 7 „lehne ich stark ab“. Die positiven Antwortoptionen 1-3 wurden als Zustimmung zusammengefasst und als Prozentwerte ausgewiesen. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa. Angaben in Prozent.

Die Ukraine in die Europäische Union aufzunehmen, befürworten etwa 60 Prozent aller Menschen in Deutschland. Die Zustimmung variiert dabei etwas und ist bei Personen der ersten Generation mit Fluchterfahrung am höchsten. Bei Befragten aus der Türkei beobachten wir mit die geringste Zustimmungsrates für einen EU-Beitritt, was auch mit der wechselhaften Beziehung zwischen dem türkischen Staat und der Europäischen Union zusammenhängen kann. Eine ebenfalls vergleichsweise geringe Zustimmung findet sich bei Personen aus Russland mit etwas unter 40 Prozent.

Abbildung 5. EU-Beitritt der Ukraine



Notiz: Die Antwortskala im Fragebogen ging von 1 „befürworte ich stark“ über 4 „weder noch“ bis 7 „lehne ich stark ab“. Die Antwortoptionen 1-3 wurden als Zustimmung und 5-7 als Ablehnung zusammengefasst. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa. Angaben in Prozent.

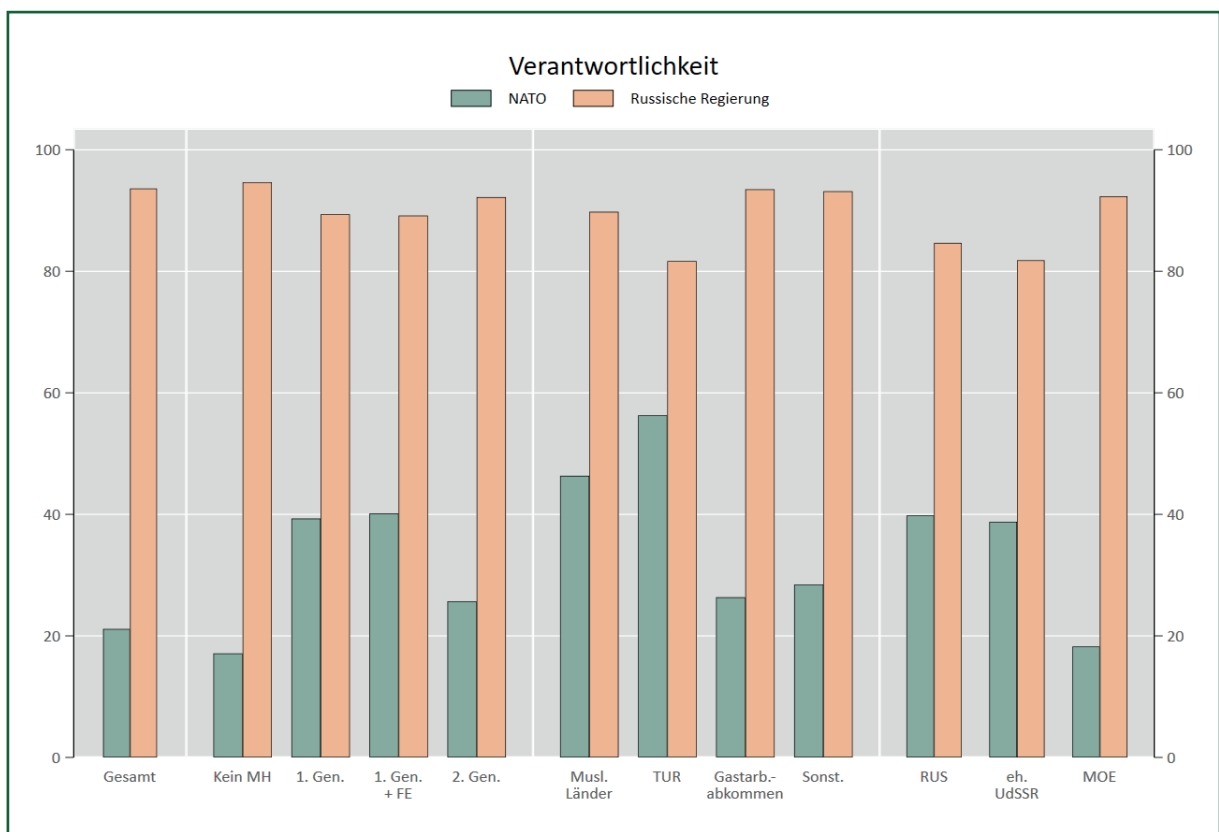
Verantwortlichkeitszuschreibung

Wer für den Krieg in der Ukraine verantwortlich ist, bewerten die Befragten teilweise unterschiedlich. Wir fragten die Teilnehmenden, wie sie die Rolle verschiedener Akteure einschätzen, darunter die russische Regierung und die NATO. Die Verantwortung für den Krieg sehen mehr als 90 Prozent der Menschen in Deutschland bei der russischen Regierung. Allerdings machen insbesondere Personen mit eigener Migrations- und Fluchterfahrung auch die NATO verantwortlich.

Vergleicht man Personen aus Russland mit Personen aus der ehemaligen UdSSR sowie anderen mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE), zeigen sich ebenfalls Unterschiede: Während Personen aus Russland und Ländern der ehemaligen UdSSR vermehrt auch die NATO in der Verantwortung sehen, sind es bei Personen aus anderen mittel- und osteuropäischen Ländern nur etwa die Hälfte. In diesen Zuschreibungen spiegelt sich teilweise die geopolitische Verortung der jeweiligen Herkunftsländer wider.

Weiterhin ist auffällig, dass Menschen mit Bezügen zu muslimischen Ländern oder zur Türkei eine deutlich höhere Verantwortung bei der NATO sehen.

Abbildung 6. Verantwortlichkeitszuschreibung



Notiz: Die Antwortskala im Fragebogen ging von 1 „komplett verantwortlich“ über 4 „teils/teils“ bis 7 „gar nicht verantwortlich“. Für die Auswertung wurden die Antwortoptionen 1-3 als Verantwortlichkeit aggregiert und als Prozentwerte ausgewiesen. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa. Angaben in Prozent.

Direkte Konfrontation

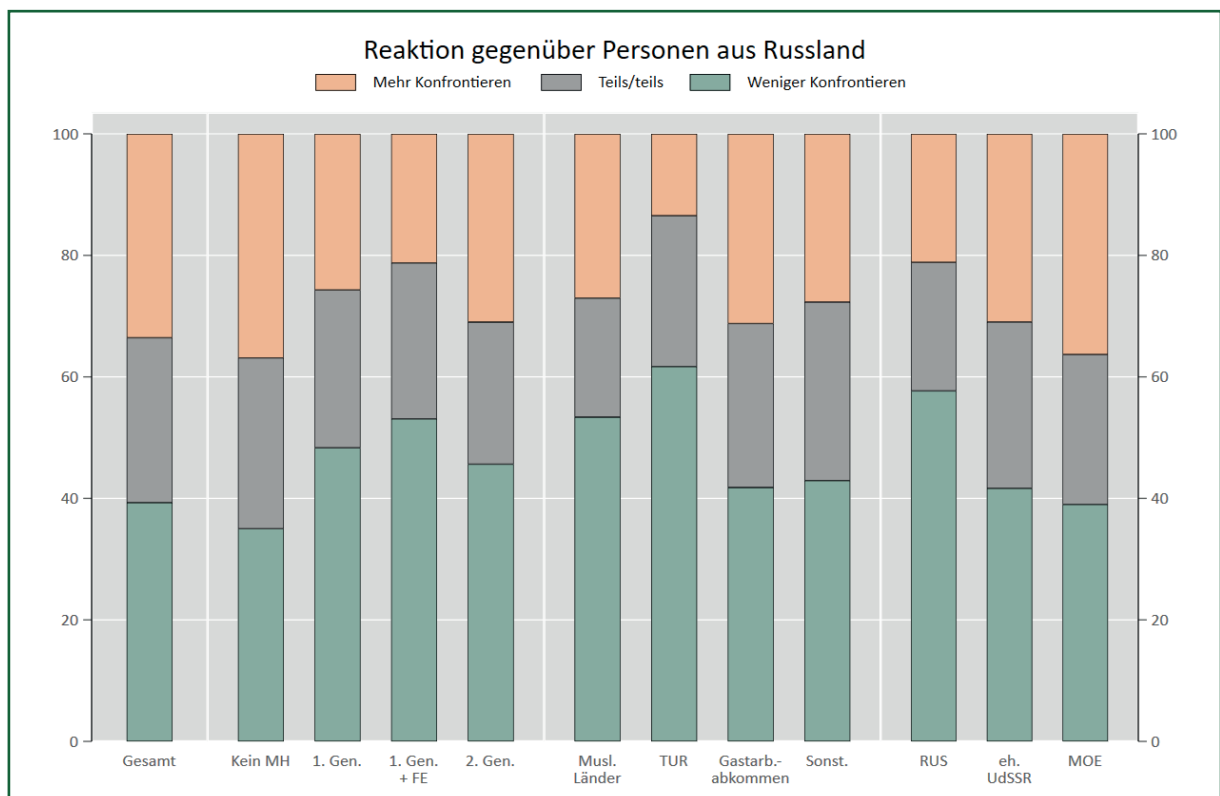
Welche Reaktionen wünschen sich die Menschen in Deutschland auf der individuellen Ebene? Für erste Anhaltspunkte ließen wir die Teilnehmenden die Aussage „Man sollte Menschen aus Russland, die in Deutschland leben, stärker mit Putins Politik konfrontieren“ bewerten.

Die Antworten sind bei dieser Frage stark gespalten. Insgesamt denkt fast ein Drittel der Befragten, dass Menschen aus Russland in Deutschland stärker mit Putins Politik konfrontiert werden sollten. Insbesondere Personen ohne eigene Migrationsgeschichte befürworten dies.

Am stärksten ablehnend äußern sich Personen, die selbst migriert sind oder selbst Fluchtmigration erlebt haben. Sie sind dafür, dass Personen aus Russland in Deutschland weniger mit der Politik Putins konfrontiert werden sollten. Eine Konfrontation wird auch stark von türkeistämmigen Personen und Personen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern abgelehnt. Ob diese Haltung darauf beruht, dass die Befragten davon ausgehen, dass Menschen aus Russland bereits stark mit der russischen Politik konfrontiert sind (und daher keine weitere Konfrontation notwendig erscheint) oder ob sie eine Konfrontation als unangemessen und übergriffig empfinden, lässt sich hier nicht differenzieren.

Personen aus mittel- und osteuropäischen Ländern und der ehemaligen UdSSR sind zusammen mit Personen ohne Migrationsgeschichte am stärksten für eine direkte Konfrontation. Aus Russland stammende Personen und ihre Nachkommen wünschen sich mit einer knappen Mehrheit, dass aus Russland Eingewanderte weniger von Mitmenschen mit Putins Politik konfrontiert werden. Eingewanderte und ihre Nachkommen aus der ehemaligen UdSSR und anderen mittel- und osteuropäischen Ländern lehnen eine Konfrontation etwas weniger deutlich ab – generell ist die Ablehnung in dieser Gruppe aber überdurchschnittlich stark ausgeprägt.

Abbildung 7. Konfrontation



Notiz: Die Antwortskala im Fragebogen ging von 1 „stimme voll und ganz zu“ über 4 „weder noch“ bis 7 „stimme überhaupt nicht zu“. Auch hier haben wir die Antwortoptionen 1-3 als Zustimmung und 5-7 als Ablehnung aggregiert. MH: Migrationshintergrund, FE: Fluchterfahrung, TUR: Türkei, RUS: Russland, MOE: Mittel- und Osteuropa. Angaben in Prozent.

Diskussion und Bewertung

Welche unmittelbaren Reaktionen können wir in der ersten Woche des russischen Angriffs auf die Ukraine beobachten?

Wie die Menschen in Deutschland die aktuelle Situation bewerten und welche Gefühle sie auslöst, hängt von vielen Faktoren ab, oft auch von der Biografie der Befragten. Am stärksten bewegt der Krieg in der Ukraine Menschen mit eigener Fluchterfahrung: Sie fühlen sich am häufigsten panisch, gefolgt von anderen Personen, die selbst migriert sind. Vergleicht man die Herkunftsländer, sind Menschen aus muslimisch geprägten Ländern und der Türkei weniger besorgt, reagierten aber auf die Eskalation des Krieges am stärksten mit Panik. Bei Menschen, deren Herkunftsland Russland ist, sind Besorgnis, Ärger und Hoffnungslosigkeit etwas geringer ausgeprägt als bei Menschen aus anderen Ländern der ehemaligen UdSSR oder anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.

Über alle Gruppen hinweg bestehen eine hohe Willkommens- und Unterstützungsbereitschaft für Geflüchtete aus der Ukraine. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland kann es sich vorstellen, sich ehrenamtlich zu engagieren oder Geld zu spenden. Jede*r Vierte wäre sogar bereit, geflüchtete Menschen in der eigenen Wohnung zu beherbergen. Das Mitgefühl mit den flüchtenden Menschen kann dabei auch mit eigenen Erfahrungen zusammenhängen: Der Anteil derjenigen, die Geflüchtete aktiv unterstützen wollen, ist bei Personen am höchsten, die selbst geflohen sind. Auch die Bereitschaft, jemanden zuhause unterzubringen und Geld zu spenden, ist bei dieser Gruppe überdurchschnittlich hoch. Möglicherweise haben diese Menschen einen besonders starken Wunsch, Personen in Notlagen zu helfen, wenn sie in der Vergangenheit ähnliches erlebt haben. Bei Menschen aus muslimischen Herkunftsländern zeigt sich eine besonders hohe Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren und Geflüchtete im eigenen Zuhause aufzunehmen. Das kann auch damit zusammenhängen, dass fast die Hälfte der Menschen aus dieser Gruppe in unserer Befragung erst vor kurzem selbst geflohen ist.

Eine hohe Engagementbereitschaft beobachten wir auch bei allen Personen aus der ehemaligen UdSSR, aus anderen mittel- und osteuropäischen Ländern und aus Russland. Eine mögliche Erklärung dafür sind die familiären und anderweitigen Kontakte zu vom Krieg betroffenen Menschen: Um die 40 Prozent der Befragten aus dieser Gruppe haben enge Verwandte, Freunde, Bekannte oder Arbeitskolleg*innen in der Ukraine, etwa 50 Prozent in Russland (im Gegensatz zu knapp 20 % bzw. 30 % zur Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte). Insgesamt haben etwa 30 Prozent sowohl Kontakte nach Russland als auch in die Ukraine. Durch Kontakte zu beiden Kriegsparteien befinden sie sich möglicherweise in einer emotional besonders belastenden Situation.

Die Bereitschaft, für höhere Sanktionen auch höhere eigene Kosten zu tragen, fällt unterschiedlich stark aus. Bei Menschen ohne Migrationsgeschichte ist sie höher als bei Menschen mit Migrationsgeschichte, was geringeren finanziellen Ressourcen geschuldet sein kann (Statistisches Bundesamt 2020: 274): Die Übernahme von Kosten muss man sich sprichwörtlich leisten können. Die geringste Bereitschaft, auch selbst Kosten zu tragen, besteht bei Eingewanderten und ihren Nachkommen aus der Türkei und muslimisch geprägten Herkunftsländern, also bei Menschen, die häufig über eher niedrige Einkommen verfügen (Statistisches Bundesamt 2020: 274). Zudem fällt die Bereitschaft, für härtere Sanktionen auch selbst zu „bezahlen“, bei Menschen aus Russland im Vergleich zu anderen Personen aus der ehemaligen UdSSR oder anderen Ländern Mittel- und Osteuropas geringer aus. Mit Blick auf andere politische Maßnahmen befürwortet eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland diplomatische Lösungen, aber auch die Lieferung von Waffen. Eigene militärische Interventionen unterstützen Personen mit Migrationsgeschichte zwar etwas mehr als Personen ohne Migrationsgeschichte, aber insgesamt auf einem niedrigen Niveau von etwa 15 Prozent.

Alle Gruppen sehen die Hauptverantwortung für den Ukraine-Krieg bei der russischen Regierung. Allerdings wird auch der NATO eine variierende Verantwortlichkeit zugerechnet. Mehr als 40 Prozent der Personen mit Migrationsgeschichte, insbesondere der ersten Generation mit und ohne Fluchterfahrung, betrachten die NATO als (mit)verantwortlich. Diese kritische Haltung gegenüber der NATO findet sich vor allem bei Personen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern und der Türkei, die selbst migriert sind.

Sollte man Menschen aus Russland, die in Deutschland leben, stärker mit Putins Politik konfrontieren? Auch hier variieren die Positionen, am ehesten dafür sind Personen ohne Migrationsgeschichte. Gerade Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern oder aus der Türkei sehen das aber kritisch. Nach den Beweggründen für die jeweilige Haltung wurde jedoch nicht gefragt. Wir können daher nicht sagen, ob Befragte es ablehnen, aus Russland stammende Personen und ihre Nachkommen mit der russischen Politik zu konfrontieren, weil sie Putin gegenüber positiv eingestellt sind – oder ob es eher an der Erfahrung liegt, selbst für Missstände und Verbrechen im Herkunftsland und durch dessen Regierung in Mithaftung genommen zu werden. Offen bleibt auch, ob der Wunsch nach Konfrontation bereits mit antirussischen Ressentiments verbunden ist. Hierzu bedarf es weiterer Forschung, der wir im Rahmen zukünftiger Befragungen des DeZIM.panels nachgehen werden.

Generell bleibt festzuhalten, dass die in der Umfrage verwendete Frage keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Haltung der Teilnehmenden zulässt. Denn „Menschen aus Russland stärker mit Putins Politik konfrontieren“ lässt sich sowohl dahingehend interpretieren, diese Menschen zu fragen, wie sie Putins Politik einschätzen, als auch dahingehend, sie mit einer angenommenen Mitverantwortung für den Krieg in der Ukraine zu konfrontieren oder gar anzufeinden.

Zentrale Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen

Unsere Studie zeigt, dass wirtschaftliche Sanktionen, die mit dauerhaft höheren finanziellen Belastungen verbunden sind, eine Kostenfrage bleiben: Nicht alle Gruppen können und werden sie gleichermaßen unterstützen. Gleichzeitig sind Menschen aus dem gesamten sozioökonomischen Spektrum dazu bereit, sich selbst einzubringen, beispielsweise durch ehrenamtliches Engagement. Bei Menschen mit eigener Fluchterfahrung ist die Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine und die Unterstützungsbereitschaft besonders stark ausgeprägt.

Auffällig ist, wie stark es zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen variiert, ob der NATO eine Verantwortung für den Ukraine-Krieg zugeschrieben wird oder nicht. Erwartungsgemäß unterstützen Personen aus Russland die politischen Maßnahmen westlicher Staaten am wenigsten und sehen die NATO am stärksten in der Verantwortung. Aber auch bei dieser zahlenmäßig kleinen Gruppe zeigt sich ein differenziertes Bild unterschiedlicher Haltungen. Verallgemeinernde Aussagen darüber, wie aus Russland eingewanderte Menschen und ihre Nachkommen zum Ukraine-Krieg stehen, sind daher fehl am Platz.

Aus Russland stammende Menschen und ihre Nachkommen in Deutschland direkt mit dem Ukraine-Krieg zu konfrontieren, befürworten knapp 20 bis 33 Prozent der Befragten. Dieses Ergebnis muss auch vor dem Hintergrund sorgsam betrachtet werden, dass bereits vermehrt von offenen Anfeindungen gegenüber in Deutschland lebenden Menschen aus Russland berichtet wird (Stern 2022; ZEIT 2022b). Vom Krieg ausgelöste Emotionen, insbesondere Wut über den russischen Einmarsch, sollten sich nicht in Hass und Anfeindungen gegenüber Personen aus Russland entladen. Politik, Medien und Zivilgesellschaft sollten gerade in dieser Zeit darauf achten, anti-russischen und anti-slawischen Ressentiments keinen weiteren Nährboden zu bieten.

Da es sich hier nur um eine Schnellbefragung mit wenigen Fragen handelt, können wir die Gründe für bestimmte Haltungen nicht tiefergehend analysieren. Für weitere Befragungen bieten unsere Ergebnisse eine Basis, da sie zahlreiche Anschlussfragen anregen. Zunächst sollte nachvollzogen werden, wie sich die Engagementbereitschaft im Zeitverlauf entwickelt. Eine weitere Frage ist, welchen Einfluss Medienberichte und -konsum auf die Wahrnehmung des Konfliktes bei Menschen in Deutschland haben, die Deutsch und/oder slawische Sprachen sprechen. Zudem gilt es zu untersuchen, wie sich die Lage und Integration von ukrainischen Geflüchteten in die deutsche postmigrantische Gesellschaft entwickelt.

Da immer wieder berichtet wird, dass Menschen aufgrund von Hautfarbe und Nationalität unterschiedlich behandelt werden (z.B. RBB24 2022), muss zudem beobachtet werden, ob sich das Engagement auf alle Geflüchteten bezieht, oder ob hier ethnische Hierarchien konstruiert und verfestigt werden. Dabei sollte der Standard, der nun gegenüber den ukrainischen Flüchtenden angelegt wird, für den zivilgesellschaftlichen und politischen Umgang mit allen Flüchtenden leitend sein (Kleist 2022).

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Jahr 2015 ist es zu erwarten, dass insbesondere migrantische Selbstorganisationen und Personen mit Migrationsgeschichte bedeutend zur Unterstützung Geflüchteter beitragen werden. Gerade ihr Engagement sollte frühzeitig gestärkt werden.

Zudem darf es nicht unterschätzt werden, dass Medienberichterstattung und Kriegsbilder besonders stark auf Personen mit entsprechenden Vorerfahrungen wirken können: Die aktuelle Situation kann für Geflüchtete, die schon länger in Deutschland leben, besonders belastend sein und sogar retraumatisierend wirken. Psychosoziale Strukturen sollten daher passende Unterstützungsangebote für vielfältige Zielgruppen bereitstellen.

Insbesondere müssen Politik und Zivilgesellschaft anti-russischen und anti-slawischen Ressentiments vehement begegnen, damit sich diese nicht verfestigen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Sie müssen die jetzige Engagementbereitschaft aufnehmen und unterstützen, damit sich der breite Wunsch zu helfen auch in tatsächliche Unterstützungspraxis übersetzt. Diese wird in der nächsten Zeit – wie bereits 2015 – unabdingbar sein, um die kollektive Herausforderung der Aufnahme und gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten zu bewältigen.

Methodenbericht

Die Zielpopulation des DeZIM.panels umfasst alle in Deutschland lebenden Personen mit und ohne Migrationsgeschichte zwischen 18 und 67 Jahren (Ruland & Sandbrink 2022). Die Stichprobe des DeZIM.panels basiert auf einem zweistufig geschichteten Ansatz mit dem Ziel, bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional häufig in der Stichprobe zu berücksichtigen: (1) Türkeistämmige Personen, (2) Menschen aus anderen mehrheitlich muslimischen Ländern, (3) Personen aus Staaten mit ehemaligen Gastarbeiterabkommen (außer Türkei) sowie (4) (Spät-)Aussiedler*innen. Alle anderen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte wurden für die Stichprobenziehung in einer (5) fünften Kategorie zusammengefasst.

Die erste Stichprobenstufe umfasst alle Gemeinden in Deutschland. Hieraus wurden 57 Gemeinden zufällig ausgewählt (proportional zur Gemeindegröße, PPS: „probability proportional to size“), was 60 Stichprobenpunkte ergibt. Einige große Gemeinden wie Berlin umfassten mehr als einen Stichprobenpunkt. Um die Gesichtvalidität der Stichprobe zu gewährleisten, wurden zwei implizite Stratifizierungsmerkmale mit einbezogen, nämlich das Bundesland und die Gemeindegrößenklasse (BIK) der Gemeinden. Nach der Auswahl der relevanten Primärstichprobe wurden die ausgewählten Einwohnermeldeämter der Gemeinden gebeten, Namen und Adressen von zufällig ausgewählten Adressen der Bevölkerung zu übermitteln.

In einem zweiten Schritt wurden die Adressen ausgewählt. Da das DeZIM.panel auf die Überrepräsentation der Gruppen 1–4 (s.o.) abzielt, Informationen zur Gruppenzugehörigkeit bei den Einwohnermeldeämtern allerdings nicht verfügbar sind, wurde ein namensbasiertes Verfahren zur Vorklassifikation des Migrationshintergrundes gewählt (Humpert und Schneiderheinze 2000). Anhand des Vor- und Nachnamens wird hierbei festgelegt, aus welchem Land die Personen (höchstwahrscheinlich) stammen. Danach wurden die Personen aus den (vermuteten) Ländergruppen 1–4 überproportional häufig gezogen. In den Analysen werden Designgewichte eingesetzt, um die unterschiedlichen Ziehungswahrscheinlichkeiten der Personen aus den verschiedenen Herkunftsgruppen zu berücksichtigen. Da es sich nur um eine namensbasierte Vorklassifikation handelt, werden alle Personen im Laufe der Umfrage nach ihrer tatsächlichen Migrationsbiographie gefragt. Die in der Analyse ausgewiesenen Gruppenzugehörigkeiten beruhen daher auf den tatsächlichen und nicht den vermuteten Herkunftsländern.

Die Feldzeit der Rekrutierungsbefragung erstreckte sich von März bis September 2021, der Erhebungsmodus waren postalische Fragebögen bzw. computerunterstützte Web Surveys. Von allen Befragten waren 6.710 Personen bereit, an weiteren Befragungen teilzunehmen. (Teilnahmequote Panelbereite: 18 %, Panelbereitschaft: 73 %).

Nach der Rekrutierungswelle wurde zwischen November 2021 und Februar 2022 die erste Welle des Online Access Panels in Eigenregie erhoben. Die Schnellbefragung zum Krieg in der Ukraine, die vom 28. Februar bis zum 6. März 2022 durchgeführt wurde, stellt damit die dritte Erhebungswelle des DeZIM.panels dar. Im Gegensatz zu den regulären Erhebungswellen, bei denen die Personen postalisch und per E-Mail zur Befragung eingeladen werden, konnten zur Kurzbefragung aufgrund des zeitlich engen Rahmens nur Personen eingeladen werden, die uns ihre E-Mail-Adresse zur Verfügung gestellt haben. Insgesamt wurden 4.976 Personen kontaktiert, von denen 2.624 teilgenommen haben, was einer Teilnahmequote bei der Schnellbefragung von 53 Prozent entspricht.

Für die Analysen greifen wir auf das Konzept der Migrationsgenerationen zurück, um zu untersuchen, ob sich Personen mit und ohne Migrationsgeschichte in ihren Reaktionen voneinander unterscheiden. Hier differenzieren wir zum einen in Personen ohne Migrationsgeschichte, also Personen, die selbst und deren

Elternteile beide in Deutschland geboren sind. Zum anderen unterscheiden wir zwischen Personen der ersten Generation, die selbst im Ausland geboren sind, aber angaben, keine eigene Erfahrung mit Flucht und Vertreibung gemacht zu haben, der ersten Generation mit eigener Fluchterfahrung sowie Personen, die selbst in Deutschland geboren sind, von denen aber mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist (2. Generation). Knapp 400 Befragte sind Einwanderer*innen ohne, knapp 130 mit eigener Fluchterfahrung, weitere etwa 380 sind Nachkommen der 2. Generation. Von den Eingewanderten mit eigener Fluchterfahrung sind etwas mehr als 60 Personen erst nach 2015 nach Deutschland geflohen.

Zusätzlich weisen wir die Befragten nach dem Herkunftsland ihrer Familie aus (vgl. hierzu Dollmann et al. 2014), um zu untersuchen, ob sich systematische Unterschiede ergeben. Knapp 170 Personen stammen aus mehrheitlich muslimischen Herkunftsländern, knapp 150 aus der Türkei, mehr als 370 aus mittel- und osteuropäischen Ländern und der ehemaligen Sowjetunion, über 210 aus Staaten mit ehemaligen Gastarbeiteranwerbeabkommen sowie knapp 200 aus anderen Ländern. 1.510 Personen sind Deutsche ohne Migrationsgeschichte. Wichtig ist, dass Personen aus mehrheitlich muslimischen Ländern selbst keine Muslim*innen sein müssen, sondern nur aus diesen Ländern stammen. Für ein genaueres Bild unterscheiden wir in einem letzten Schritt Befragte, die aus Russland (60 Personen), aus den anderen ehemaligen Nachfolgestaaten der UdSSR (85 Personen) oder aus anderen Staaten in Mittel- und Osteuropa (228 Personen) stammen.

Länderlisten

Mehrheitlich muslimische Ländern: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Katar, Kosovo, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate.

Aus der ehemaligen Sowjetunion sowie Mittel- und Osteuropa: Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Moldau, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Angabe Sowjetunion sowie Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Tschechien.

Sonstige Staaten mit Gastarbeiteranwerbeabkommen: Kroatien, Serbien, Bosnien, Angabe Jugoslawien, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien.

Literaturverzeichnis

Dollmann, Jörg; Jacob, Konstanze und Kalter, Frank (2014): Examining the diversity of youth in Europe. A classification of generations and ethnic origins using CILS4EU data. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: Working Paper 156, online verfügbar unter: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-156.pdf>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina Jasmin; Lietz, Almuth; Köhler, Jonas und Siegel, Madeleine (2022): Erste Schnellbefragung des DeZIM.paneel: Ukraine-Krieg 2022. Version: 1.0.0. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Datensatz im Erscheinen.

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Grande, Edgar (2018): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (1–2), S. 52–59.

Humpert, Andreas und Schneiderheinze, Klaus (2000): Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererumfragen. Einsatzmöglichkeiten der Namenforschung. *ZUMA Nachrichten* 24(47), S. 36–63.

Kleist, J. Olaf (2022): Wer darf kommen? Gastbeitrag im IPG Journal, 03.03.2022, online verfügbar unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/wer-darf-kommen-5756/>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Meyer, Hendrik und Ziegler, Rebecca (2018): Migrantenselbstorganisationen in der Flüchtlingshilfe. Das Beispiel Münster. *Z'Flucht. Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung* 2(1), S. 143–162.

RBB 24 (2022): UN-Experten untersuchen, ob Schwarze und Araber an Flucht gehindert werden. Beitrag vom 03.03.2022, online verfügbar unter: <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/ukraine-berlin-krieg-grenze-polen-rassismus-schwarze-afrika.html>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Ruland, Michael und Sandbrink, Katharina (2022, unveröffentlichter Bericht): Methodenbericht. Gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland Rekrutierungsstudie DeZIM OAP. Bonn: Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH.

Schiffauer, Werner; Eilert, Anne und Rudloff, Marlene (Hrsg.) (2018): So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit mit Geflüchteten. Eine Bilanz. Bielefeld: transcript.

Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna und Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Statistisches Bundesamt (2020): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2020 – Fachserie 1 Reihe 2.2 – 2020.

Steinhilper, Elias; Sommer, Moritz und Zajak, Sabrina (2022): Zivilgesellschaft, in: Berlinghoff, Marcel; Glorius, Birgit; Kleist, J. Olaf und Tabea Scharrer (Hrsg.): *Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Baden-Baden: Nomos.

Stern (2022): Die Anfeindung russischer Menschen spielt nur einem in die Hände: Wladimir Putin. Beitrag vom 07.03.2022, online verfügbar unter: <https://www.stern.de/politik/deutschland/ukraine--russischen-menschen-schuld-am-krieg-geben--nur-ein-sieg-fuer-putin--meinung--31680176.html>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

UNHCR (2022): Ukraine Refugee Situation, online verfügbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Weiland, Severin (2021): Angstthema gesucht. Beitrag auf Spiegel Online, 07.08.2021, online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-fluechtlinge-angst-thema-fuer-den-wahlkampf-gesucht-a-ad10e8e2-073b-405b-981f-bcc6d6611328>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Zeit (2022a): Polen zählt über eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine. Beitrag vom 07.03.2022, online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2022-03/07/polen-zaehlt-ueber-eine-million-fluechtlinge-aus-der-ukraine>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Zeit (2022b): Russen in Deutschland: „Niemand will Krieg“. Beitrag vom 07.03.2022, online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2022-03/07/niemand-will-krieg>, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Zajak, Sabrina; Grande, Edgar; Hutter, Swen; Schwenken, Helen; Steinhilper, Elias; Rommel, Inken; Sommer, Moritz und van den Berg, Clara (2021): Die aktivierte Zivilgesellschaft. Ein Forschungsprogramm zur Analyse der nachhaltigen Wirkung von bürgerschaftlichem Engagement auf Sozialkapital und Gemeinwohl. Aktivzivil Working Paper Nr. 1, online verfügbar unter: https://aktivzivil.de/dezim/wp-content/uploads/2021/09/Working_Paper_Nr.1_Die_aktivierte_Zivilgesellschaft_2021.pdf, zuletzt abgerufen am 12.03.2022.

Danksagung

Für hilfreiche Hinweise und Kommentare bei der Fragebogenerstellung und Verschriftlichung der Ergebnisse danken wir herzlich Naika Foroutan, Yasemin Shooman, Frank Kalter, Niklas Harder, Laura Scholaske, Ramona Rischke, Elias Steinhilper (alle DeZIM-Institut), Christoph G. Nguyen (FU Berlin) und Jasmin Fitzpatrick (Uni Mainz). Für Hilfe bei der Überarbeitung und Lektorat danken wir Daniela Turß und Daniel Bax.

Über das DeZIM-Institut

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V. | Mauerstraße 76 | 10117 Berlin | +49 (0)30 2007 54 130 | presse@dezim-institut.de | www.dezim.de | **Autor*innen:** Sabrina Jasmin Mayer, Almuth Lietz, Jörg Dollmann, Madeleine Siegel, Jonas Köhler | **Redaktion:** Daniela Turß | **Layout:** Linda Wölfel

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend